

Wohl und Weh der Wasserkraft

EU-Länder weisen deutschen, subventionierten Strom ab, um ihre Produktion zu schützen



Unrentabel wegen Deutschland. Wasserkraftwerke, wie jenes am Zervreila-Stausee in Graubünden, leiden am Preiszerfall auf dem Strommarkt. Foto Keystone

Von Dominik Feusi, Bern

Der Wasserkraft geht es schlecht. Besonders die beiden grossen Unternehmen Axpo und Alpiq schreiben rote Zahlen. Sie lagern Staudämme aus oder versuchen sie sogar zu verkaufen. Strom aus Wasserkraft – während Jahren ein gutes Geschäft – rentiert nicht mehr.

Das hat mit dem internationalen Strompreis zu tun. Der ist meistens tiefer als die Produktionskosten in der Schweiz, weil es einen Überfluss an subventioniertem Strom gibt. Mit der Energiestrategie des Bundes soll die Wasserkraft während fünf Jahren einen Rappen pro Kilowattstunde und Investitionsbeihilfen erhalten. «Das löst nicht alle Probleme der Wasserkraft», räumt Benoît Revaz, Direktor des Bundesamts für Energie (BFE), ein. In der Branche tönt es ähnlich: «Es ist zu viel zum Sterben und zu wenig, um zu überleben.» Andere Länder gehen einen anderen Weg, um ihre Produktion zu schützen: Sie schotten sich vom deutschen Billigstrom ab.

Der Überfluss ist vor allem dann gross, wenn es im Norden Deutschlands stürmt. Damit es auch bei wenig Wind genug Strom gibt, müssen viel mehr Windräder aufgestellt werden, als eigentlich nötig sind. Wenn die Bedingungen dann aber gut sind, kommt es zur Überproduktion. Dieser Strom ist mit Subventionen vorab bezahlt. Er kommt fast gratis, in extremen Situationen sogar zu einem Negativpreis ins Netz. Die Betreiber lassen die Windräder trotzdem laufen, denn sie verdienen immer noch an den Subventionen. Das sorgt für tiefe Preise – auch in der Schweiz.

Unsichere Staudämme

Die Energiestrategie 2050 rechnet mit einem starken Zubau bei der Wasserkraft, um bis 2035 die noch laufenden Atomkraftwerke zu ersetzen. Doch wenn sich Wasserkraft nicht mehr lohnt, wird niemand in neue Werke, Erweiterungen bestehender Staudämme oder in die Sicherheit der Anlagen investieren.

Carlo Schmid, früherer CVP-Ständerat und Präsident der Elektrizitätskommission des Bundes (Elcom), warnte im Januar am Stromkongress davor, dass die mangelnden Erträge der Produzenten die Investitionen in der Schweiz einschränken. Dadurch sei die Versorgungssicherheit durch eigene Produktion infrage gestellt. Gleichzeitig muss dringend in die Sicherheit investiert werden. Gemäss einem Bericht des Bundesamts für Energie sind 148 von 206 Staudämmen in der Schweiz nicht erdbebensicher. Ob die nun vorgeschlagenen Subventionen Investitionen in die Sicherheit auslösen, ist fraglich. BFE-Direktor Revaz konnte gestern nicht sagen, wann die Dämme sicher sein werden.

Wie dramatisch die Situation für die hiesige Wasserkraft ist, lässt sich nicht nur an den Erfolgsrechnungen der Stromkonzerne ablesen, sondern ist auch international dokumentiert. Die Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden in der EU (Acer), bei der die Schweiz Beobachterstatus hat, schreibt in einem Bericht, dass im Jahr 2013 in zwei von drei Stunden der Preis in der Schweiz durch deutschen Billigstrom gedrückt wurde. An keiner innereuropäischen Grenze war das Problem so schlimm wie zwischen Deutschland und der Schweiz. 2014 entstand deswegen an unserer Nordgrenze gemäss Acer ein Wohlstandsverlust von mehr als 200 Millionen Euro. Aktuellere Zahlen sind nicht erhältlich, da aber seither die Produktion von Wind- und Solarstrom in Deutschland weiter ausgebaut wurde, dürfte der negative Effekt des subventionierten Stroms eher zu- als abgenommen haben.

Grenzen dicht für Windstrom

Das Problem gibt es nicht nur in der Schweiz. In Polen und Tschechien leiden die Kohlen- und Kernkraftwerke unter dem durch Deutschland verursachten Preiszerfall. Diese Kraftwerke rentieren ebenfalls nicht mehr, wodurch auch dort Investitionen nicht mehr getätigt werden. Gleichzeitig kommt das Stromnetz in diesen Ländern unter Druck. Weil in Deutschland die Stromleitungen von den Windrädern im Norden in den Süden fehlen, wo Atomkraftwerke abgestellt wurden, nimmt der Strom den Umweg über Polen und Tschechien oder über die Niederlande und Belgien. Deutschland müsste bis zur Schliessung des letzten Kernkraftwerks im Jahr 2022 insgesamt 6100 Kilometer Leitungen bauen. Bis jetzt wurden 400 Kilometer davon genehmigt, erst 80 wurden gebaut.

Die Nachbarländer Deutschlands haben nun an ihren Grenzen sogenannte Phasenschieber in Planung oder bereits installiert, um den deutschen Windstrom abzuwehren. Das dient vor allem dazu, das eigene Netz zu stabilisieren, das unter der Überlastung mit deutschem Windstrom zusammenzubrechen droht.

In Polen und Tschechien gibt es aber noch einen anderen Grund: Die Phasenschieber sorgen dafür, dass der deutsche Subventionsstrom die heimische Produktion nicht unrentabel macht. Die Länder schützen ihre eigene Produktion vor dem deutschen Billigstrom von der deutschen Küste.

Wäre das nicht die Lösung für die Staudämme in der Schweiz? Würde die Schweiz den deutschen Strom abwehren, käme das nicht wie in Polen der dreckigen Kohlekraft, sondern der sauberen einheimischen Wasserkraft zugute.

Die Wasserkraftwerke wären plötzlich wieder rentabel. Investitionen in Unterhalt und Erweiterungen würden sich wieder lohnen.

Mehr als nichts

Die Idee ist nicht neu: Vor etwa 15 Jahren diskutierten die Stromkonzerne die Abschottung der Schweiz bereits einmal, weil das Schweizer Netz durch unkontrollierte Stromflüsse nach Italien belastet wurde, welche die damals einträglichen Transitzkapazitäten einschränkten. Man stellte fest, dass der Bau von Phasenschiebern technisch möglich wäre. Aber die Stromfirmen verzichteten darauf, weil sie das Verhältnis zu Deutschland nicht belasten wollten. Heute haben die anderen Nachbarländer solche Phasenschieber installiert, sogar mit Erlaubnis der EU.

Neun solcher gut einfamilienhausgrossen Apparate – einer kostet rund 80 Millionen Franken – gibt es in der Schweiz bereits. Sechs weitere sind derzeit in Planung oder in Bau. Sie dienen vor allem dazu, den Stromfluss zwischen verschiedenen Spannungsebenen auszugleichen und so das Netz zu stabilisieren.

Die Schweizer Netzgesellschaft Swissgrid schreibt allerdings auf Anfrage, dass diese Phasenschieber auch den Stromfluss im grenzüberschreitenden Übertragungsnetz beeinflussen können. Die 15 Phasenschieber würden zwar kaum ausreichen, um den deutschen Billigstrom abzuwehren, aber sie sind mehr als nichts.

Leuthard eröffnet den Abstimmungskampf

Bern. Das Stimmvolk entscheidet am 21. Mai über das erste Massnahmenpaket zur Energiestrategie 2050. Bundespräsidentin Doris Leuthard eröffnete gestern in Bern den Abstimmungskampf. Die Energiemärkte seien weltweit im Umbruch, sagte sie. «Also müssen wir uns auf den Weg machen.» Dabei gelte es, schrittweise vorzugehen. Das neue Energiegesetz sei die erste Etappe.

Leuthard hofft dabei auf die technologische Entwicklung, denn es gebe die Speichertechnologie noch nicht, die man eigentlich brauche. Sie vermied dabei, über die künftige Versorgungssicherheit mit Strom zu reden. Diese ist ohne Speicher nämlich unklar. Weitere Massnahmen würden folgen, sagte Leuthard weiter. Es wäre aber vermessend, bereits jetzt den gesamten Prozess festlegen und vorwegnehmen zu wollen, wie sich die Welt bis 2050 entwickle. Das Kostenargument der Gegner wies Leuthard zurück. Die Kritiker operierten mit «überzogenen Zahlen». Sie berechneten die Kosten auf Basis von Massnahmen, die weder beschlossen noch

Der Unmut über den deutschen Billigstrom geht so weit, dass der österreichische Umweltminister André Rupprechter im vergangenen Herbst mit Unterstützung von osteuropäischen Staaten eine Energieallianz gegen Deutschland zu schmieden begann.

Es ist ein Widerspruch: Während die EU die Strommärkte immer mehr zusammenschliessen will, bauen die Mitgliedsländer Installationen, um das Gegenteil zu machen – und damit ihre eigene Stromproduktion zu schützen.

Importe infrage gestellt

Die Energiestrategie 2050 sieht vor, dass die Schweiz auch in Zukunft im Winter Strom importieren muss. Gemäss Berechnungen des Bundesamts für Energie wird die Zeit, in der solche Importe nötig sind, bis 2030 auf fast acht Monate pro Jahr zunehmen. Damit setzt die Schweiz auf einen immer enger vernetzten europäischen Strommarkt – exakt das Gegenteil der gegenwärtigen Entwicklung rund um Deutschland. Die Gegner der Energiestrategie befürchten deshalb, dass es in einigen Jahren gar nicht oder nur zu einem sehr hohen Preis möglich sein wird, den im Winter benötigten Strom zu importieren.

«Dass jedes Land im Bedarfsfall zuerst für sich sorgt, liegt auf der Hand. Darüber sollte man sich keinen Illusionen hingeben», sagte Elcom-Chef Carlo Schmid im Januar dieses Jahres. Aber vielleicht sollte man sich neuen Ideen für die Wasserkraft widmen.

Initiative für ungültig erklärt

Kanton Bern stimmt nicht über die Reitschule ab

Bern. Im Kanton Bern soll die umstrittene Reitschul-Initiative der Jungen SVP nicht vors Volk kommen. Der Grosse Rat hat sie gestern mit 82 zu 68 Stimmen für ungültig erklärt. Das letzte Wort ist damit allerdings noch nicht gesprochen. Die Initianten um Nationalrat Erich Hess (SVP) wollen das Bundesgericht in Lausanne einschalten.

Das Begehren richtet sich gegen das autonome Kulturzentrum Reitschule. Die Stadt Bern soll im kantonalen Finanzausgleich schlechter gestellt werden, wenn sie die Reitschule weiter duldet. Auf 54 Millionen Franken müsste die Stadt verzichten. SVP, EDU und FDP sahen keinen zwingenden Grund, das rechtlich umstrittene Begehren für ungültig zu erklären. Im Zweifel solle das Volk entscheiden, sagten Sprecher der bürgerlichen Parteien.

«Unverhältnismässig»

Anders sah es die Ratsmehrheit mit SP, Grünen, EVP, BDP und Grünliberalen: Die Stadt Bern und die Reitschule würden anders behandelt als andere Gemeinden und Institutionen im Kanton Bern. Dadurch sei das Gebot der Rechtsgleichheit verletzt. Zudem greife die Initiative in die Gemeindeautonomie und den fein austarierten kantonalen Finanzausgleich ein. Das Begehren sei überdies unverhältnismässig und nehme die Stadt Bern in Beugehaft. Damit folgt das Parlament der bürgerlich dominierten Regierung. Auch sie ist aus juristischen Gründen nicht bereit, die Initiative vors Volk zu bringen. Das ändere nichts daran, dass der Regierungsrat die Geschehnisse rund um die Reitschule verurteile, insbesondere die Angriffe auf Polizisten, betonte Regierungspräsidentin Beatrice Simon.

Das Kulturzentrum stand im Februar im Fokus. Nach der Räumung eines besetzten Hauses kam es zu Krawallen rund um die Reitschule. Elf Personen wurden verletzt, darunter zehn Polizisten. Die Krawallmacher konnten sich der Polizei entziehen. Womöglich tauchten sie in der Reitschule unter.

Die Stadtberner Stimmberechtigten haben bereits fünf Abstimmungen über die Reitschule hinter sich. Sie stellten sich stets hinter das Kulturzentrum. SDA

Nachrichten

Linke planen Referendum gegen AHV-Reform

Bern. Westschweizer Gewerkschafter planen ein Referendum gegen die Reform der AHV, obwohl diese ohnehin vors Volk kommt. Der Kampf der Linken gilt dem höheren Rentenalter für Frauen und dem tieferen Umwandlungssatz für Renten der beruflichen Vorsorge. Mit dem Schritt wollen die Gegner sicherstellen, dass die Diskussion sich nicht in technischen und finanziellen Aspekten erschöpft, wie Pablo Cruchon der Partei SolidaritéS sagte. SDA

Stellungnahme des Bundesrats verlangt

Bern. Die Aussenpolitische Kommission des Nationalrats verlangt vom Bundesrat eine Stellungnahme zu einem EU-Bericht. Darin geht es um die Beziehungen zwischen der EU und der Schweiz. Die EU-Staaten haben den Bericht im Februar verabschiedet. Sie listen darin Baustellen auf, darunter das institutionelle Rahmenabkommen. Die EU nehme zur Kenntnis, dass die Schweiz auf dem bilateralen Weg weiterfahren möchte, heisst es im Bericht. Doch für weitere Abkommen brauche es ein Rahmenabkommen. SDA

Mehr Geld für den Regionalverkehr

Bern. Der regionale Personenverkehr soll in den nächsten vier Jahren mehr Geld erhalten, als der Bundesrat vorschlägt. Auch die Verkehrskommission des Nationalrats hat sich dafür ausgesprochen. Der Ständerat hatte beschlossen, den Verpflichtungskredit um rund 144 Millionen Franken auf 4,1 Milliarden Franken zu erhöhen. SDA